

„Material für die berühmte Spaltung innerhalb der Partei“.
Die „Sozialistischen Monatshefte“ als Blatt der Revisionisten
in der SPD 1912

Andreas Morgenstern

Die „Sozialistischen Monatshefte“ gelten als eines der bedeutendsten revisionistischen Sprachrohre aus dem Umfeld der Sozialdemokratie des Deutschen Kaiserreichs.¹ Gegen die von den „Monatsheften“ vertretene politische Linie polemisierte auf dem SPD-Parteitag 1902 der Delegierte Emanuel Wurm, Redakteur der „Neuen Zeit“, man erwarte „in jeder Nummer der ‚Sozialistischen Monatshefte‘ irgend etwas zu finden, was Material für die berühmte Spaltung innerhalb der Partei bieten könnte“. Mochten diese Worte nach dem Protokoll auch für allgemeine Heiterkeit gesorgt haben,² beinhaltet das Urteil vor allem die Aussage, die „Monatshefte“ seien das Sprachrohr des Revisionismus gewesen. Das sollte insbesondere auf dem Einfluss Eduard Bernsteins basieren, der vor dem Ersten Weltkrieg regelmäßig in den „Monatsheften“ publizierte und das breite Themenfeld des Blattes mitprägte. So verbreitet dieser Befund ist, sollte er doch einer Prüfung unterzogen und gefragt werden: Wirkten die „Monatshefte“ tatsächlich als Sammlungsorgan und im Anschluss als Sprachrohr des Revisionismus? Vertraten sie einen diametral anderen Politikanatz als die innerparteiliche Linke, die an der These einer gesetzmäßigen weiteren Zuspitzung des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital festhielt?³ Wie fern standen die „Monatshefte“ der Mitte der SPD, die oftmals die Reformunfähigkeit des Reichs auf sein ungerechtes Wahlsystem und die beschränkte Verantwortlichkeit der Reichsregierung gegenüber dem Parlament zurückführte? Anders ausgedrückt: Traten die „Sozialistischen Monatshefte“ in der Tat für die Anerkennung einer Reformfähigkeit von Gesellschaft, Ökonomie und Politik des Kaiserreichs ein? Von der parteistra-

1 Siehe Shlomo Na’Aman: The beginnings of historical animosity between Marxism and Zionism, in: Haim Shamir (Hrsg.): France and Germany in an Age of Crises, 1900-1960: studies in memory of Charles Bloch, Leiden u. a. 1990, S.356-401, hier S.383.

2 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in München 1902, S.263.

3 Siehe u. a. Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? Mit einem Anhang: Miliz und Militarismus, Leipzig 1899.

tegischen Warte aus bedeutete dies „eine Taktik, die sich Vorsicht und Zurückhaltung auferlegte und sich im legal-parlamentarischen Raum hielt“⁴ – eine Adaption der Strategie aus der Zeit der Sozialistengesetze.

Die Beantwortung dieser Fragen verspricht aufzuzeigen, wie tief greifend zumindest Teile der Sozialdemokratie bereit waren, sich Bündnissen mit dem (linken) bürgerlichen Spektrum zu öffnen. Nur wenn eine ausreichende Zahl von Sozialdemokraten bereit war, solche Bündnisse zu unterstützen, hatte die SPD vor dem Ersten Weltkrieg tatsächlich eine Chance, einen reformerischen Wandel aus eigener Kraft wenigstens zu erhoffen, um ihn dann auch tatsächlich durchsetzen zu können. Der Publizistik kam hier eine wichtige Funktion zu. Andernfalls blieb bei dem tiefen Misstrauen zwischen Arbeiterpartei und Bürgerlichen nur der Weg über den politisch-gesellschaftlichen Umbruch.

Die Beantwortung der gestellten Frage erfordert zunächst, die Vorstellungen der Revisionisten noch einmal knapp in Erinnerung zu bringen. Seit 1896 schwelte in der SPD die sogenannte Revisionismusdebatte. Während der theoretische Marxismus bis dahin zwingend von einer Ablösung des kapitalistischen Systems durch die soziale Revolution ausgegangen war, entwickelte sich eine diametral entgegengesetzte Position, die einen tief greifenden Wandel auf dem Weg von Reformen auf allen Ebenen zu erreichen trachtete und die vor allem mit Eduard Bernstein verbunden war. Grundsätzlich bedeutete dieser Unterschied, dass die Letzteren den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen des Kaiserreichs die Fähigkeit zu Selbstreformierung zuschrieben, während die Ersteren dies verneinten. Nur die Revisionisten konnten so in Bündnissen mit Bürgerlichen einen eigenen Wert als Wegmarke sehen. Für ihre Gegner legitimierten Kooperationen lediglich ein System nachträglich, das keine Spur Legitimität besaß. Bekanntlich unterstützte diese Position nicht nur die innerparteiliche Linke, sondern auch die Mitte der SPD mit Persönlichkeiten wie Karl Kautsky und dem Vorsitzenden August Bebel.⁵

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die revisionistischen Positionen in den „Sozialistischen Monatsheften“ nachgewiesen werden können, da wie erwähnt beispielsweise Eduard Bernstein regelmäßig in den Heften schrieb. Zu klären ist indes, ob es sich bei solchen Äußerungen um Einzel-

4 Ursula Ratz: Arbeiteremanzipation zwischen Karl Marx und Lujo Brentano. Studien zur Arbeiterbewegung und der Bürgerlichen Sozialreform in Deutschland, Berlin 1997, S.164.

5 Karl Kautskys Replik auf Bernsteins Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ (Stuttgart 1899) erschien unter dem Titel „Bernstein und das Sozialdemokratische Programm: Eine Antikritik“ (Stuttgart 1899).

meinungen handelte oder ob sich diese durch die Mehrzahl der Beiträge zogen und so die Linie der „Sozialistischen Monatshefte“ bestimmten.

Eine solche Untersuchung kann in diesem Rahmen nur für eine eingegrenzte Zeit und bestimmte Themenfelder erfolgen. Ausgewählt wurde das erste Halbjahr 1912.⁶ Hinsichtlich der Innenpolitik konzentriert sich die Darstellung auf die Bündnisfrage, während außenpolitisch die Verwicklungen mit den westlichen Großmächten England und Frankreich im Gefolge der zweiten Marokko-Krise 1911 im Blickfeld stehen. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges stellte sich die Frage nach der Kompromissfähigkeit der herrschenden kapitalistischen Klasse untereinander, aber auch der gegenseitigen Solidarität der internationalen Arbeiterbewegung. Einen weiteren Aspekt zur SPD-internen Charakterisierung der „Monatshefte“ liefert schließlich der auch in der Zeitschrift geführte Disput um Gerhard Hildebrand. An diesem Fall lässt sich exemplarisch aufzeigen, wie sich SPD und „Sozialistische Monatshefte“ mit einem innerparteilich umstrittenen Theoretiker auseinandersetzten. Da die „Monatshefte“ nach ihrem eigenen Verständnis ein offenes Organ waren, mussten sie Hildebrand ein Forum geben. Aber teilten und unterstützten sie seine (Minderheits-)Position oder tolerierten sie diese lediglich?

SPD in den Parlamenten

Zu Beginn des Jahres 1912 gewann die SPD bei den Reichstagswahlen 110 Mandate (ein Plus von 57 Sitzen), das bis dahin beste Ergebnis ihrer Geschichte. Eine Mehrheitsbildung im Parlament gegen die Sozialdemokratie war erschwert, deren Bündnisfähigkeit dementsprechend gefordert.

Vom daraus resultierenden gewachsenen Selbstbewusstsein ebenso wie von der Orientierung auf Bündnisfähigkeit, ja Bündnisnotwendigkeit zeugt bereits der erste Beitrag des neuen Jahres in den „Monatsheften“. Darin erklärte Leo Arons angesichts des sich nach dem zweiten Wahlgang abzeichnenden Wahlerfolgs: „Die politische Reife des liberalen Bürgertums in Deutschland wird sich daran messen lassen, wie es die von der Sozialdemokratie gebotene Gelegenheit ausnutzt [...] Nicht um den Umsturz handelt es sich in diesen Tagen, sondern um den ersten Schritt zu einer freiheitlichen Entwicklung.“⁷ Arons stammte aus bürgerlichen Ver-

⁶ Anders als die Bezeichnung „Monatshefte“ vermuten lässt, erschien die Zeitschrift damals im 14-Tages-Rhythmus.

⁷ Leo Arons: Die Bedeutung der Stichwahlen zum Reichstag 1912, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 1, S.3-5, hier S.4f.

hältnissen, hatte aber 1900 aufgrund seines politischen Engagements seinen universitären Arbeitsplatz verloren. Seine Botschaft sandte er nach zwei Seiten aus. Von seinen oftmals niedergedrückten, nun offensichtlich erfolgreichen Genossen forderte er Verantwortungsbewusstsein ein, das gleiche Verantwortungsbewusstsein verlangte er aber auch von den bürgerlichen Schichten, die die SPD nicht fundamental ablehnten. Mit dem letzten Satz sollte bürgerlichen Wählern die Angst vor den als „Revolutionäre“ verschrienen Genossen genommen werden. Es würde eben keinen abrupten Umsturz, sondern „nur“ einen Schritt in einem evolutionären Wandel geben.

Doch wo konnte ein solcher Wandel stattfinden? Als Ort dafür wurden – angesichts der inzwischen zahlenmäßig starken Vertretungen der SPD – der Reichstag und die Landtage ausgemacht. Auf den Punkt brachte dies Hugo Lindemann: Mandate seien sogar noch wichtiger als die eigentliche Stimmenzahl in den Wahlen.⁸ Erklärlich wird dies auch aus seiner eigenen Biografie. Im Vorjahr 1911 hatte er den Stuhl des Stuttgarter Oberbürgermeisters nur um Haaresbreite verpasst und somit auf einem entscheidenden Posten ein Sozialdemokrat beinahe den Weg durch die Institutionen erfolgreich abgeschlossen. Das kaiserliche System bot also scheinbar Möglichkeiten, die es nun zu nutzen galt. Nicht die mehr oder minder organisierte Masse der Parteibasis und -wähler brächte den Wandel voran, sondern die Arbeit der Abgeordneten in den Gremien. Beschleunigen würde dies auch den ohnehin bereits eingeschlagenen sozialistischen Weg des Reichs.⁹ Als Beispiel für diesen recht befremdlichen Befund in einer noch sehr obrigkeitstaatlich geführten Monarchie führte Lindemann an: Die Energiewirtschaft sei bereits reif für die Sozialisierung. Gerieten dagegen unreife SPD-Revolutionäre in die Vorderhand, brächte ihr von vornherein zum Scheitern verurteilter Revolutionsversuch einen empfindlichen Rückschlag.¹⁰ Stattdessen waren die Erfolge der SPD-Parlamentarier für Lindemann ein Beleg für die These, dass das Kaiserreich bereits auf dem Weg in den Sozialismus sei. Hier würde nicht einfach geredet, in den Gremien würde gehandelt. Zugleich implizierte dieser Befund aber auch, dass ein Grundvertrauen der übrigen Parlamentarier in die Sozialdemokratie, oder zumindest bestimmte Teile von ihr, vorhanden sein musste.

Das heißt jedoch nicht, dass sich die „Monatshefte“ mit dem System insgesamt arrangiert hätten. Symptomatisch für viele Autoren versprach

8 Siehe Hugo Lindemann: *Aufbauender Sozialismus*, in: ebenda, S.24-30, hier S.26.

9 Siehe ebenda, S.27.

10 Siehe ebenda, S.30.

Conrad Schmidt, Wirtschaftswissenschaftler und Bruder von Käthe Kollwitz, der historische Materialismus nach Karl Marx sei und bleibe das Vorbild¹¹ auch der Parlamentarier, die unverändert Sinn für die Notwendigkeit des Klassenkampfes aufbrächten. Die angestrebten Sozialisierungsmaßnahmen, so wichtige Wegmarken sie im Einzelnen auch seien, stellten doch nichts anderes dar als Etappen im Klassenkampf, und auch Marx „galt der geschichtliche Prozeß als ein Prozeß“.¹² Klassenkampf wurde als Aufeinanderfolge einzelner Auseinandersetzungen angesehen, durch die sich „ein allmählicher Fortschritt zum Vollkommeneren, zu einer Ordnung durchsetzt, in der die Menschheit alle ihre Anlagen in Freiheit wird entwickeln können“.¹³ Einzelne Maßnahmen wurden zu Schritten auf dem Weg zu einer fundamentalen Veränderung der Gesellschaftsverhältnisse geädelt.

Die Sozialdemokratie des Kaiserreichs hatte sich durchaus nicht mit der Monarchie versöhnt. Die unterschiedlichen Flügel unterschieden sich eher in den Mitteln als im Ziel hin zum sozialistischen Zukunftsstaat. Erklärlich wird dies durch einen im Grunde ungebrochenen Optimismus. Conrad Schmidt betonte die evolutionäre Entwicklung der Menschheit, der sich die gesellschaftliche Entwicklung automatisch anschließe.¹⁴ Gefördert werde dies noch durch den Umstand, dass die SPD die junge Zukunftspartei par excellence sei, die, allen Hindernissen und temporären Rückschlägen zum Trotz, im Laufe der Zeit gemeinsam mit der liberalen Deutschen Fortschrittspartei und sogar den Nationalliberalen eine Reformmehrheit bilden würde. Die Bürgerlichen seien zwar unzuverlässig, doch, so Max Schippel, spiele die Zeit für die Sozialdemokratie und ihre Vorstellungen.¹⁵ Diese These mag überraschen, doch hatte ihr Verfasser, ein sächsischer Gewerkschaftsfunktionär und langjähriger Reichstagsabgeordneter, erlebt, dass die Sozialdemokraten inzwischen nicht mehr als die Reichsfeinde früherer Jahrzehnte galten, obwohl viele von ihnen angestrebte Veränderungen unerfüllt geblieben waren. Gefordert wurde die Öffnung gegenüber Wählern jenseits der Arbeiterschaft. Doch selbst für die Arbeiterschaft konstatierte Eduard Bernstein durch den Verzicht

11 Siehe Conrad Schmidt: Sozialwissenschaften, Geschichtsphilosophie (Rundschau), in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 1, S.63-67, hier S.66.

12 Ebenda, S.67.

13 Ebenda.

14 Siehe ebenda, S.63.

15 Siehe Max Schippel: Die Reichstagswahlen, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 2, S.75-81.

auf dogmatische Festlegungen eine höhere Zustimmung zur Sozialdemokratie.¹⁶ So und nur durch diesen Reformismus sei der Sozialismus für die Mehrheit der Bevölkerung ein attraktives Angebot.¹⁷ Die Autoren der „Monatshefte“ verkannten die Verharrungskräfte in den bürgerlichen Parteien nicht, setzten diesen aber die immer weiter wachsenden Kräfte der Zukunft entgegen.

Mit eben diesen Verharrungskräften, zumindest aber mit den die Verharrungskräfte nicht entschieden stützenden Parteien, den Fortschrittlichen und den Nationalliberalen, wollten, ja mussten diese Sozialdemokraten aber kooperieren. Auf die Probe gestellt wurde dies bei den Anfang 1912 anstehenden Neuwahlen des bayerischen Landtags. Dort hielt die katholische Zentrumspartei eine klare absolute Mehrheit, die nur durch die Zusammenarbeit aller anderen Gruppierungen gebrochen werden konnte. Die SPD stellte sich dieser Allianz zur Verfügung, werde sie doch, so die selbstbewusste Aussage von Eduard Bernstein, bei den Wählern und in den Parlamenten inzwischen als sehr wichtig genommen.¹⁸ Das Erreichen der eigenen, weitgreifenden Ziele sei so durchaus nicht mehr utopisch, hätten doch selbst Marx und Engels der Arbeit in den Gremien ihren eigenen Wert zugesprochen, auch wenn sich die Partei der Arbeiterklasse selbstverständlich nicht allein darauf beschränken dürfe: „So scharf diese Denker den Parlamentarismus kritisierten, haben sie es doch stets für richtig gehalten, daß die Arbeiterpartei sich eine möglichst starke Position im Parlament zu sichern suchte.“¹⁹ Darüber hinaus sahen sich die Genossen hinsichtlich des Zentrums zum Kampf gegen die klerikale Partei aufgefordert, die von der Sozialdemokratie härter als die anderen bürgerlichen Konkurrenten angefasst wurde. August Erdmann warf dem Zentrum für Köln gar eine „wahre Gewaltherrschaft“ in der Besetzung der Gemeindeämter und „Terrorismus“ vor, ohne diese Brachialvorwürfe näher zu erklären.²⁰ Doch selbst in dieser Situation sei ein geduldiger Kampf gegen die Reaktion auf der Tagesordnung.²¹ Der Glaube an

16 Siehe Eduard Bernstein: Bedeutung und Aufgaben des Sieges, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 3, S.141-147, hier S.142.

17 Siehe Wilhelm Schröder: Lehrjahre der Partei, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 2, S.81-84, hier S.84.

18 Siehe Bernstein, Bedeutung, S.142.

19 Ebenda, S.142f.

20 Siehe August Erdmann: Das Zentrum nach den Wahlen, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 3, S.150-154, hier S.153.

21 Siehe ebenda, S.154.

die Reformierbarkeit des Systems und den bevorstehenden Triumph der eigenen Ideen war unbezungen.

Das heißt aber nicht, dass der Glaube an die Veränderungsmacht in und über die Parlamente uneingeschränkt war. Gerade im für die Sozialdemokratie so wichtigen sozialpolitischen Bereich blieben reale Erfolge ein Mangel. Da auch die umworbenen Liberalen sich hier Reformen verschlossen, blieb für August Erdmann nichts anderes als der harte Arbeitskampf, denn „in der Sozialpolitik wird man gut tun keinen Umschwung zu erwarten [...] Im Kampf um die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterklasse wird die gewerkschaftliche Organisation nach wie vor von ausschlaggebender Bedeutung sein. Hier muß also die Arbeiterschaft mit den wirtschaftlichen Kampfmitteln das zu erreichen suchen, was die Gesetzgebung ihr versagt.“²² Vorstellungen, ein sozialreformerisches Programm mittels der Parlamente realisieren zu können, und Ideale einer weitgehenden Kooperation mit bürgerlichen Parteien waren fern der Realität in einer, in vielleicht der Grundfrage der Arbeiterbewegung. Wie sollte ohne spürbare und belastbare Verbesserung der sozialen Lage die gewollte gesellschaftliche Emanzipation gelingen? An einem entscheidenden Punkt hatte die Reformagenda keine Basis für eine Mehrheit – und dem Autor war dies bewusst. Erdmann konstatierte mit Bezug auf die eigentlich gewonnenen Wahlen zu Reichstag und bayerischem Landtag: „Aber die Vorgänge des Januar und Februar haben doch die Besiegbarkeit der Reaktion im Reich wie in den Einzelländern ergeben. Der erste Ansturm genügte nicht. Nun gut, bereiten wir den zweiten und, wenn auch der nicht hinreichen sollte, den dritten vor.“²³

Dennoch konnte man in den „Monatsheften“ auch von weitreichenden Reformplänen innerhalb des präferierten parlamentarischen Systems lesen. Gefordert wurde das „imperative Mandat“,²⁴ um einen „Staatssozialismus“ zu befördern.²⁵ Derlei „Welteroberung“²⁶ verlange

22 Ebenda, S.153; ebenso Robert Schmidt: Die Sozialpolitik im neuen Reichstag, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 3, S.154-157.

23 Erdmann, Zentrum, S.154.

24 Siehe Gertrud David: Genossenschaftsbewegung (Rundschau), in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 3, S.184.

25 Wilhelm Schröder: Staatssozialismus, Lohnämter (Rundschau), in: ebenda, S.187f., hier S.187.

26 Franz Scheffel: Ist die Sabotage ein gewerkschaftliches Kampfmittel?, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 4, S. 239-241, hier S.241.

aber die Einhaltung fester theoretischer Vorgaben. Schließlich erzeuge Wandel wiederum Wandel, eine Dynamik der Veränderung.²⁷

Die „Welteroberung“ fand für Ludwig Quessel, auch er veröffentlichte regelmäßig in den „Monatsheften“, sehr rasch ihre Grenzen. So verwies er darauf, dass der Reichstag erst der Monarchie zu verdanken sei. „Man sollte nicht vergessen, daß auch der deutsche Reichstag historisch eine von der Monarchie ins Leben gerufene Institution ist.“²⁸ Und weiter: „Sobald in einem Staat das parlamentarische Regierungssystem einmal durchgeführt ist, ist aber auch durch den Gang der historischen Entwicklung der prinzipielle Gegensatz zwischen Monarchie und Republik endgültig aufgehoben.“²⁹ Verantwortliche und verlässliche Politik führe auf diesem Weg voran. Allerdings sei ein solches parlamentarisches System in Deutschland längst noch nicht eingeführt. Letztlich wurden nach Erdmann die von ihm unbestrittenen parlamentarischen Erfolge erst als Gabe der althergebrachten Machthaber möglich – die SPD, welche unbedingt über die Parlamente Reformen anstoßen sollte, mutierte so zu einer quasi kaiserlich-parlamentarischen deutschen (Sozial-)Demokratie.³⁰ Dass die Perspektive für Veränderungen immer weiter nach hinten rückte, überrascht da wenig.

Mitten in der Diskussion um eine engere Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Bürgerlichen verlangte Edmund Fischer, dass die Sozialdemokratie für eine Koalition mit den etablierten Mächten zunächst selbst den Status quo anerkennen müsse. Durch Kooperation und den angestoßenen und begleiteten Wandel der Gesellschaft sei der Sozialismus zu erreichen, das Gerede von Revolutionen habe noch keine Regierungsverantwortung erzeugt. Allerdings schränkte Fischer den Wert einer solchen Kooperation selbst ein, erwartete er doch, dass der Wandel mehrere Generationen andauern würde.³¹ Auch wurde erneut die Frage nicht beantwortet, wie dieser Wandel in und durch die Gesellschaft tatsächlich voran gebracht werden könnte. Die Hoffnungen blieben vage und durch den Verweis auf ihre in eine ferne Zukunft verschobene Perspektive illu-

27 Paul Kampffmeyer: Ziele und Mittel der sozialdemokratischen Agitation, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 4, S.234-239, hier S.238.

28 Siehe Ludwig Quessel: Sozialdemokratie und Monarchie, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 5, S.271-275, hier S.275.

29 Ebenda, S.273.

30 Siehe ebenda, S.275.

31 Siehe Edmund Fischer: Sozialdemokratie und Regierungsgewalt, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 5, S.275-280, hier S.279, 277.

sionär. Der eigentlich unterstützten Zusammenarbeit wurde so der praktische Wert genommen, durften doch kaum tatsächliche Verbesserungen erwartet werden, lediglich die Aufweichung der ideologischen Distanz, das Abbauen traditioneller Feindbilder war so zu erreichen. Doch dämpften die „Monatshefte“ anschließend selbst ihre Hoffnungen und Erwartungen. Zunächst war es Max Schippel, der die oft angenommene strukturelle linke Reichstagsmehrheit (SPD und liberale Parteien) wegen der zahlreichen ungelösten Streitfragen abhakte.³² Dann erteilte der eben noch die Reichstagsbildung der Monarchie zuschreibende Quessel jeglichen Veränderungserwartungen aus dem Parlament heraus eine Absage, sei das Reich doch nicht demokratisch regiert, da hinter der Reichsregierung eben keine Mehrheit der Abgeordneten stünde.³³ Die Aussage war letztlich die Kehrseite des kaiserlichen Einflusses auf die Parlamentsbildung, auf den er früher verwiesen hatte. Wenn der Reichstag seine Existenz der Monarchie verdanke, dann zahlte das Parlament eben den Preis, auf wirkliche Gestaltungs- oder Kontrollfunktionen verzichten zu müssen. Wie sollten dann aber die Reformen angestoßen werden? Auch diese Frage blieb unbeantwortet.

Trotzdem herrschte ungebrochener Optimismus, nicht allein hinsichtlich der sozialistischen Vision, sondern auch im innerparteilichen Wettbewerb mit den Parteilinken. Bernstein reklamierte die Relevanz des Revisionismus. „Dessen Lebenskraft braucht nicht erst bewiesen zu werden. Er ist nach allen literarischen und sonstigen Einsargungen immer nur kräftiger in die Erscheinung getreten.“³⁴ Mut gaben auch die Blicke in die sozialdemokratische Lebenswelt anderer Länder, denen die „Monatshefte“ Raum gaben. Das führende Mitglied der niederländischen Sozialdemokraten Hendrik Spiekman konnte von einer erfolgreichen Programmdiskussion berichten, ohne dass die Parteirechten einen dogmatischen Marxismus mit der Akzeptanz der „Verelendungstheorie“ hätten schlucken müssen.³⁵ Im nordwestlichen Nachbarland war so der Weg frei für einen

32 Siehe Max Schippel: Politik, Finanz- und Wehrvorlagen (Rundschau), in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 6, S.369f., hier S.369; ebenso Eduard Bernstein: Vom Parlament und vom Parlamentarismus, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 11, S.650-656, hier S.653.

33 Siehe Ludwig Quessel: Zerstörung der linken Mehrheit?: zum nationalliberalen Parteitag, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 8, S.463-469, hier S.464.

34 Eduard Bernstein: Politische Schwarzmalerei, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 9, S.538-544, hier S.539.

35 Siehe Hendrik Spiekman: Das neue Programm der holländischen Sozialdemokratie, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 10, S.589-594, hier S.594.

reformistischen Weg, wie ihn die Revisionisten auch für Deutschland anstrebten. Quasi als „Friedensangebot“ für die als revolutionär gesinnt bekämpften innerparteilichen Gegner schloss Eduard Bernstein die Diskussion für das erste Halbjahr 1912 mit der These ab, der Befreiungskampf der Arbeiterklasse habe in den Parlamenten seinen Platz gefunden, da diese selbst die evolutionäre Form der Revolution darstellten.³⁶

Disput um Hildebrand

Sollte und konnte eine Volkswirtschaft vollständig vergesellschaftet werden? Gab es nicht insbesondere im landwirtschaftlichen Sektor zu massive Beharrungsgründe, die dies ausschlossen und so einer sozialistischen Gesellschaft Grenzen verliehen? Diese Fragen stellte sich der junge sozialdemokratische Journalist Gerhard Hildebrand aus Solingen in seinem 1910 erschienenen Band „Die Erschütterung der Industriegherrschaft und des Industriesozialismus“.³⁷ In seinem Ortsverband schrillten daraufhin die Alarmglocken. War seine Einstellung noch vereinbar mit einer Mitgliedschaft in der Parteiorganisation, wenn er grundlegende Ziele der SPD augenscheinlich nicht teilte? Erschien dies zunächst als Kampf eines Einzelnen gegen eine ganze Funktionärsschicht, boten sich die „Sozialistischen Monatshefte“ zur Diskussion seiner Thesen an. Für die Zeitschrift war ein Grundelement für ihre Existenzberechtigung, Plattform divergierender Positionen unter dem Dach der Sozialdemokratie zu sein. War sie aber für alle Mitglieder da, dann konnte aus einer persönlichen Äußerung Hildebrands nicht auf die Einstellung der „Sozialistischen Monatshefte“ insgesamt geschlossen werden. Boten sie gerade deshalb Raum, weil sie meinten, die Sozialdemokratie müsse ganz unterschiedliche, sich teilweise widersprechende Vorstellungen und Ziele aushalten können? Waren die „Monatshefte“ aber Vertreter und nicht nur Plattform solcher Positionen?

Gerhard Hildebrand durfte sich unter dem Titel „Wegen groben Verstoßes gegen Grundsätze des Parteiprogramms“ in den „Monatsheften“ äußern. An dieser Stelle sollen nicht in erster Linie seine inhaltlichen Auffassungen interessieren, sondern die Argumentationskette, mit der er und andere sich in den „Monatsheften“ gegen einen Maulkorb für Parteimitglieder wandten. Zunächst trennte Hildebrand zwischen der politischen

36 Siehe Bernstein, Parlament, S.656.

37 Gerhard Hildebrand: Die Erschütterung der Industriegherrschaft und des Industriesozialismus, Jena 1910.

und der ökonomischen Ebene.³⁸ Er habe sich lediglich mit Letzterer auseinandergesetzt. Der SPD drohe, durch ideologischen Doktrinarismus nicht nur in wirtschaftlichen Fragen den Anschluss zu verlieren, sondern auch politisch in einem selbstgezimmernten Theoriengebäude zu erstarren. Das Verabsolutieren einer Ideologie koste die Partei ihre Bewegungsfreiheit und am Ende ihre Basis für die eigene Weiterentwicklung.³⁹

Nachdem Hildebrand angesichts des ihm für solche Thesen drohenden Parteiausschlusses ausbleibende Meinungsfreiheit in der SPD anprangerte, stützten ihn verschiedene Autoren der „Monatshefte“. Wolfgang Heine sprach von einem „Glaubensgericht“⁴⁰ in mittelalterlicher Tradition gegen Hildebrand. Stattdessen müsse die grundlegende Offenheit von Wissenschaft, wie sie der angegriffene Solinger für sich beanspruche, auch innerhalb der Partei gesichert werden. Mit den Thesen Hildebrands selbst setzte sich Heine bewusst nicht auseinander, gestand er doch gleich zu Beginn, er sei in den ökonomischen Fragen kein Experte und habe das Buch Hildebrands auch nur angelesen. Im Fokus stand Meinungsfreiheit als Wert an sich, nicht die Unterstützung einer bestimmten Meinung. Jenseits konkreter Inhalte waren Hildebrand und sein drohender Ausschluss zu einem Symbol avanciert.

In die gleiche Kerbe wie Heine schlug Paul Kampffmeyer: „Die Wissenschaft darf eben niemals vor der Heiligkeit irgendeines Parteigrundsatzes demutsvoll in die Knie sinken.“⁴¹ Auch er erhob den Konflikt auf eine quasi religiöse Ebene, verhielten sich die Gegner innerparteilicher Meinungsvielfalt doch geradezu pharisäerhaft. Ein Grund für die entschiedene Parteinahme für Hildebrand lag sicherlich in der Selbstpositionierung der „Sozialistischen Monatshefte“ innerhalb der SPD. Sie hatten selbst die Zurückweisung ihres Anspruchs auf Gleichrangigkeit mit der „Neuen Zeit“ erleben müssen und nahmen in der Partei nur eine Randposition ein.⁴² Warnung vor der drohenden Gefahr der Tyrannei (Eduard

38 Siehe Ders.: Wegen groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 9, S.523-531, hier S.524.

39 Siehe ebenda, S.529.

40 Wolfgang Heine: Autodafé, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 9, S.531-538, hier S.531.

41 Paul Kampffmeyer: Meinungsfreiheit innerhalb der Partei, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 10, S.599-605, hier S.602.

42 Siehe ebenda, S.604f. So kann es auch nicht verwundern, dass Kampffmeyer noch eine Spitze gegen das Parteiorgan „Vorwärts“ losließ, dieses ermögliche lediglich unfruchtbare Kritik.

Bernstein)⁴³ und die Voraussage des Verlusts der politischen Heimat vieler Sozialdemokraten (Edmund Fischer)⁴⁴ waren weitere Grundaussagen, mit denen Hildebrand in den „Monatsheften“ auch noch nach seinem tatsächlich vollzogenen Parteausschluss verteidigt wurde. Gerade mit der These Fischers hofften die Autoren der „Monatshefte“ auf Verständnis. Sie argumentierten, der Einzelne sei nur in begrenztem Maße frei in seiner Entscheidung über den Anschluss an die Arbeiterklasse und deren Partei. Stattdessen bestimme vielfach die soziale Herkunft den politischen Weg. Stoße die Partei ein nicht immer mit deren Hauptlinie übereinstimmendes Mitglied aus, jage sie dieses fort aus seiner natürlichen politischen Umgebung. Die Partei sei „eben keine Sekte mehr“, sondern auf dem Weg, „einen Staat im Staate: die werdende neue Gesellschaft, die sich in die alte hineinschiebt, vorwärts, aufwärts strebend, bis sie selbst die Gesellschaft geworden ist“ zu bilden.⁴⁵ Dann aber müsse sie die entstehende Heterogenität aushalten und nutzen, nicht aber den einzelnen Abweichler mit Ausschluss abstrafen.

Schließlich durfte sich Hildebrand noch einmal selbst zu Wort melden. Er nutzte die Plattform der „Monatshefte“, seine Position inhaltlich zu untermauern. So betonte er, dass der Kapitalismus durchaus nicht am Absterben sei und deshalb gerade auch die Arbeiterklasse Grenzen brauche.⁴⁶ Ein allgemeines Absterben, ein Verschmelzen der Klassen werde nicht stattfinden. Daher müsse die Sozialdemokratie auch das Bürgertum ansprechen, um neue Allianzen zu schmieden. Hildebrand bewegte sich so auf der Linie der „Sozialistischen Monatshefte“. Er fundierte sie gar mit einer Aussage, die geradezu als Sinnbild des Revisionismus dienen konnte: „Das sittliche (meinetwegen das energetische) Ideal ist die Entwicklung in gerader Linie, nicht die Entwicklung in Gegensätzen. Eine politische Partei, die grundsätzlich nur die Möglichkeit der Entwicklung in Gegensätzen anerkennt (seien es nationale, seien es Klassegegensätze), würde damit grundsätzlich den Gedanken einer allumfassenden, sittlich und intellektuell einheitlichen menschlichen Vernunft aufgeben.“⁴⁷ Gefordert sei pragmatisches Handeln, denn nur dieses bringe die Gesellschaft

43 Siehe Bernstein, *Parlament*, S.656.

44 Siehe Edmund Fischer: *Parteijustiz*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 1912, H. 11, S.656-661, hier S.660.

45 Ebenda.

46 Siehe Gerhard Hildebrand: *Die Entfaltung der Produktivkräfte als Angelpunkt sozialdemokratischer Politik*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 1912, H. 11, S.661-675, hier S.666.

47 Ebenda, S.661.

voran auf dem Weg zum utopisch erscheinenden Ziel.⁴⁸Verteidigung und praktischer Kampf eines aus der Partei Ausgeschlossenen gingen in dieser Debatte Hand in Hand mit der weiteren Ausarbeitung der Theorie des Revisionismus. Die „Monatshefte“ fungierten als Stachel im Fleisch der SPD, gerade weil sie sich nicht auf die Ebene der inhaltlichen Diskussion um die Aussagen Hildebrands begaben. Sie verteidigten entsprechend ihrer Grundposition Meinungsfreiheit und innerparteilichen Pluralismus an sich.

Außenpolitische Konfliktlinien

In welch schwerem Gewässer sich die deutsche Außenpolitik befand, darüber konnte bei den Lesern der „Sozialistischen Monatshefte“ kein Zweifel bestehen. So konstatierte der aufrüttelnde Beitrag „Die Weltherrschaft der Angstneurose“: „Dem Krieg fehlt der Anlaß, der Friedenszuversicht nach wie vor die entgegenkommende Stimmung des französischen Volkes. Sie fehlt dem Frieden bereits 42 Jahre, gleichwohl sind diese 42 Jahre die längste Periode der Waffenruhe, die über Mitteleuropa je gewaltet hat. Das Bewußtsein der Kräftegleichheit hält die Schwerter in der Scheide. Doch ein äußerer Anlaß könnte das nie erloschene Revanchegefühl in Taten aufflammen lassen. Welche französische Regierung vermöchte den Frieden am Rhein zu behaupten, wenn England seine Flotten gegen Hamburg aussendet und die Landung eines englischen Hilfskorps zu einem konkreten Anerbieten wird?“⁴⁹ Das deutsche „Gespenst“ triebe den Nachbarn den Angstschweiß in die Stirn und habe Großbritannien in die komfortable Rolle eines Schiedsrichters zwischen den beiden Streithähnen links und rechts des Rheins gebracht. Doch eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Haltung während der Marokkokrise – vergeblich hatte die kaiserliche Flotte eigene Ansprüche durchsetzen wollen, dabei aber polternd Größe demonstriert – durch den Autor Karl Leuthner blieb aus. Die hauptsächliche Verantwortung für die schwierige internationale Situation wurde vor allem bei den anderen Staaten abgeladen und, da zwischen Staat und Menschen nicht unterschieden wurde, beim gesamten französischen Volk, also auch den Arbeitern und ihrer Bewegung.

Die Argumentation, dass Deutschlands Regierende ihre eigenen Aufrüstungsbestrebungen mit der antideutschen Stimmung in Frankreich be-

48 Siehe ebenda, S.664.

49 Karl Leuthner: Die Weltherrschaft der Angstneurose, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 1, S.6-13, hier S.6f.

gründen konnten, klang bei dem „Monatshefte“-Autor zumindest partiell an. Davon zeugt Leuthners recht unkritische Wiedergabe der vom Alldeutschen Verband unterstützten Thesen Friedrich von Bernhardt,⁵⁰ welcher die französische Erbfeindschaft betonte, zugleich aber eine allgemeine antideutsche Allianz ausschloss.⁵¹ England warf Leuthner aggressives Verhalten aufgrund seiner irrationalen Invasionsfurcht vor, und Frankreich blieb seiner Meinung nach trotz der Einigung mit dem Reich in der Marokkokrise kriegslustig. Er steigerte sich gar in die Aussage hinein, praktisch jeder Franzose sei militarisiert und überall herrsche ein gallisches Überlegenheitsgefühl.⁵² Furcht vor einem kriegerischen Zusammenprall vermochten diese Worte nicht zu nehmen. Im Gegenteil mussten sie die der anderen Seite vorgeworfene Angstneurose in Deutschland eigentlich schüren. Nicht zuletzt konterkarierte dies jede Hoffnung oder gar Erwartung einer internationalen Solidarität der Arbeiter und ihrer Parteien für den Fall einer akuten Kriegsgefahr.

Eduard Bernstein und andere Autoren der „Monatshefte“ konstatierten immer wieder, dass die Schuld für die international angespannte Lage nicht allein bei Reichsregierung und Kaiser liege. Das erforderte, eine differenzierte Position zu den massiv steigenden Wehrausgaben – die nächste Wehrvorlage für den Reichstag für 1913 stand bevor – zu entwickeln. Deutschland war nicht einfach nur ein potenzieller Aggressor, sondern hatte durchaus auch Grund, seine Verteidigungsfähigkeit auszubauen, rüsteten doch die miteinander verbündeten Nachbarn in Ost und West ebenso. Ludwig Quessel sah dieses Dilemma und versuchte, die SPD auf seine Weise daraus zu befreien. Seine letztlich aber nur sehr ausweichende Lösung: Da der Reichstag für die Verabschiedung der Wehrvorlage nicht auf die SPD angewiesen sei, könne sich diese doch aus der Diskussion heraushalten, um die anderweitigen Kooperationen nicht in Gefahr zu bringen: „Von welcher Seite man daher auch die politische Lage betrachtet, so bleibt eine liberal-soziale Kooperation das einzige Mittel, um der Freiheit und dem Fortschritt in Deutschland eine Gasse zu bahnen.“⁵³ (Anti-)Rüstungspolitik und gesellschaftliche Veränderungen waren so gesehen nicht die beiden Seiten der gleichen Medaille. Demokratisierung soll-

50 Siehe Friedrich von Bernhardt: *Deutschland und der nächste Krieg*, Stuttgart 1912.

51 Siehe Karl Leuthner: *Vom Seekrieg zum Landkrieg*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 1912, H. 6, S.347-351, hier S.351.

52 Siehe ebenda, S.347f.

53 Ludwig Quessel: *Die Sozialdemokratie in der neuen Parteikonstellation des Reichstags*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 1912, H. 3, S.147-149, hier S.148f.

te auch dann funktionieren, wenn dem Militär eine aus Sicht der Sozialdemokratie größtmögliche Gestaltungsfreiheit gewährt wurde. Dahinter stand womöglich die Erwartung oder vielleicht eher Hoffnung auf einen Wandel der Armee im Rahmen bzw. in der Folge ziviler Veränderungen als ferne Perspektive.

Eine als gewachsen empfundene Gefährdung des Reichs konnte für die „Monatshefte“-Autoren aber auch keine andere Reaktion zulassen. Einerseits vertrauten sie auf die Reformfähigkeit des Deutschen Reichs, andererseits mussten sie die weitere Stärkung der Beharrungskräfte durch die außenpolitisch fragile Stellung des Landes konstatieren. Max Schippel zeigte sich desillusioniert von den Briten, sehe ein bedeutender Teil der britischen Gesellschaft Deutschlands Existenz doch als eine Gefahr an. Das Reich hingegen sei zwar durchaus friedliebend, aber eben auch keine „holländische Idylle“.⁵⁴ Verteidigungsbereitschaft müsse man da schon von den Deutschen erwarten. Andererseits betonte er den Vorbildcharakter Englands, dessen koloniale Tradition sich wohlthuend von dem „radikal-spießbürgerlichen Kleindeutschtum“ abhebe.⁵⁵ Man sollte dem Autor nicht einfach vorwerfen, er habe sich mit seiner Befürwortung des Kolonialismus von den Wurzeln des Marxismus entfernt. Schippel selbst sah sich durchaus in dessen Tradition und erinnerte zur Begründung seiner Position daran, dass selbst das Kommunistische Manifest sich positiv zum Kolonialismus geäußert habe, wenn es auf den Wert der „Urbarmachung ganzer Welteile“ verweise.⁵⁶

Dem Trommler für eine Stärkung der deutschen Rüstung, Karl Leuthner, boten die „Monatshefte“ weiterhin ein Forum. Leuthner betonte die Notwendigkeit eines festen Zusammenhalts des Reichs mit seinem österreichischen Nachbarn, der einen russischen Angriff „sehr unwahrscheinlich“ mache. Diese enge Kooperation saturierter Mächte bürge für den Frieden in Europa, den die anderen Mächte, allen voran das revanchistische Frankreich, infrage stellen würden.⁵⁷ In eine ähnliche Kerbe schlug Ludwig Quessel. Für ihn stand der potenziell größte Friedensfeind aber nicht in Paris, sondern in London. Das Empire sei nicht kolonial gesättigt. Immer weiter strebe es die Arrondierung seines Besitzes an. Habe es

54 Schippel, Politik, S.371.

55 Siehe Max Schippel: Britisches Weltreich und Reichsgedenktag, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 11, S.643-650, hier S.644.

56 Ebenda, S.645.

57 Siehe Karl Leuthner: Wozu – Wohin?, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 10, S.596-598.

aber erst einmal Fuß gefasst, verhalte es sich typisch englisch wie ein „geschäftskundiger Kaufmann“. Das Empire fordere Unterwerfung, bringe dafür aber auch eine Pax Britannica.⁵⁸ Quessel verurteilte die britische Kolonialpolitik als grundsätzlich aggressiv, vergaß aber nicht, auch die besitzende Klasse im Reich in Mitverantwortung für die schwierige Situation zu nehmen. Die Ausbreitung des britischen Kolonialbesitzes schmälere den Einfluss dieser Klasse und fördere den Hass mancher Deutscher auf das Empire.⁵⁹

Ludwig Quessel zeigte sich gar als Anhänger imperialen Verhaltens. Rassistische Ausbrüche, die jedoch durchaus im Rahmen zeitgenössischen Denkens lagen, schleuderte er den Chinesen entgegen. Dort lebe ein „zahlreiches Lumpenproletariat“, der „durch Opiumgenuß und andere Laster entmenschte Abschaum der Städte“.⁶⁰ Da überrascht es wenig, wenn er die Kontrolle über diese derartig deklassierten Menschengruppen forderte. Dass die Europäer hierfür geeignet seien, stellte Quessel nicht in Abrede. Zwar seien während des Boxerkriegs „unerfreuliche Erscheinungen“ aufgetreten und die westlichen Truppen wohl zu hart vorgegangen, doch blieben Asien und auch Afrika wichtige Absatzräume der westlichen Industrien. Das Agieren westlicher Unternehmen in den Kolonien sei nicht zu verurteilen, da es, so Quessel, gar keinen Wirtschaftsimperialismus geben könne.⁶¹

Die Autoren der „Sozialistischen Monatshefte“ konnten 1912 noch nicht wissen, mit Sicherheit nicht einmal erahnen, dass 1914 der Erste Weltkrieg ausbrechen würde, aber die Spirale hin zur Julikrise 1914 hatte sich schon zu drehen begonnen. Italien okkupierte unter stillschweigender Duldung der westlichen Entente-Mächte Libyen. Der bisherige Landesherr, das Osmanische Reich, konnte sich gegen diesen Vorgang nicht wehren. Für Christopher Clark war dies das Signal für die Staaten des Balkans, ebenfalls gegen die Osmanen in den Krieg zu ziehen.⁶² Krieg folgte auf Krieg, bis in den Sommer 1914 hinein. Nach dem Kriegsausbruch in Libyen schrieb in den „Monatsheften“ der bekannte italienische Sozialist

58 Siehe Ludwig Quessel: Die ökonomische Bedeutung des Imperiums, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 12, S.707-715, hier S.710f.

59 Siehe ebenda, S.715.

60 Ludwig Quessel: Die Furcht vor dem Imperialismus, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 9, S.549-555, hier S.552.

61 Siehe ebenda, S.555.

62 Siehe Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013, S.318-407.

Ivanoe Bonomi, ein Befürworter des Krieges. Zu lesen war, dass der Mittelmeerstaat als reise- und auswanderungsfreudiges Land gegenüber dem Kolonialismus positiv gestimmt sei.⁶³ So gesehen war dies also kein Ausbruch aus einer bisher zurückhaltenderen Politik, sondern setzte den Willen breiter Bevölkerungsteile nur konsequent um. Das so berühmt-umstrittene Wort des Reichskanzlers Bernhard von Bülow vom „Platz an der Sonne“ hatte offensichtlich auch in zahlreichen anderen Nationen seine Anhänger. Natürlich waren die italienischen Sozialisten nicht einhellig dieser Meinung. So verhehlte Bonomi auch nicht die Möglichkeit einer Trennung zwischen den grundsätzlichen Kriegsgegnern und solchen, die situationsbedingt Kriegseinsätze für notwendig erachteten. Seine Begründung: Der latente innerparteiliche Konflikt würde die Partei zerreißen und insgesamt schwächen.⁶⁴ Zu einer solchen Spaltung kam es bekanntermaßen nicht nur in Italien, sondern auch in Deutschland und anderen Ländern.

Praktisches Handeln

Pragmatismus und aktive Partei- und vor allem Parlamentsarbeit mit dem Ziel einer schrittweisen Reformierung des herrschenden Systems, dies war die eine Option, welche die Autoren der „Sozialistischen Monatshefte“ für das Wirken der Sozialdemokratie ausmachten. Die andere Option sahen sie in der destruktiven Ablehnung der Arbeit unter den aktuell gegebenen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen, bis hin zu einer Obstruktionspolitik mit revolutionärer Perspektive. Selbstredend ordneten sie sich der ersten Gruppe bei und sparten nicht mit Polemik gegenüber dem innerparteilichen Gegenüber.

Die wichtigste, oft wiederholte Forderung der „Monatshefte“ war, die Sozialdemokratie müsse auf das Handeln orientiert sein und könne sich nicht allein auf Worte beschränken. Nur der eigene Kampf um konkrete Verbesserungen, die dann auch einmal den Charakter von gewährten Zugeständnissen haben durften, stand im Fokus der Autoren; Ideologie, Theorien waren zweitrangig. Orientierung bot die Realität, sie gab die Handlungsprämisse vor. Paul Kampffmeyer brachte dies auf den Punkt: Das praktische Handeln lasse die Propaganda der Theorie geradewegs verschwinden.⁶⁵ Die aus einem solchen Handeln erwachsenden Hoffnun-

63 Siehe Ivanoe Bonomi: Der Tripolisfeldzug und die italienische sozialistische Partei, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 8, S.469-474, hier S.471.

64 Siehe ebenda, S.473.

65 Siehe Paul Kampffmeyer: Ziele und Mittel der sozialdemokratischen Agitation, in: Sozi-

gen waren groß. So erhoffte sich Ludwig Quessel von Kompromissen ein besseres Einverständnis mit den bürgerlichen Parteien, obwohl er selbst tatsächliche Gewinne an sozialer bzw. gesellschaftlicher Freiheit kaum erwartete.⁶⁶

Kompromissbereit zeigte man sich auch hinsichtlich der Arbeitskämpfe. Zwar forderten Tarifaueinandersetzungen durchaus harte Bandagen, aber zugleich empfahl sich nach Auffassung Emil Döblins eine gewisse Flexibilität, um durch Zugeständnisse an der einen Stelle Fortschritte an einer anderen zu erreichen.⁶⁷ Noch deutlich weiter ging die Anpassungsbereitschaft von Robert Schmidt. Er bemerkte, eine zu große Entschiedenheit im Arbeitskampf schwäche die Geschlossenheit und lade zu Gegenschlägen des Gegenübers ein.⁶⁸ Was nach innen galt, keine Übersteigerung des Kampfes zuzulassen, galt aber nicht nach außen: Gegenüber den konkurrierenden christlichen Gewerkschaften brauche es Härte und Entschlossenheit, seien diese doch zu eng mit den herrschenden Kreisen verhandelt.

Grundlegende Kampfmittel der Sozialdemokratie, wie das Streikrecht, standen aber nicht zur Disposition. Selbst Robert Schmidt ließ keinen Zweifel aufkommen, dass die „Lammsgedul“ der Arbeiterschaft während der Arbeitskämpfe irgendwann zu Ende gehe.⁶⁹

Genaugenommen gäbe es „die“ Arbeiterschaft aber gar nicht. Paul Kampffmeyer betonte den Individualismus, der Selbsterhaltungstrieb führe zu produktivem Eigennutz. Die sogenannte „Herrenklasse“ stelle für ihn denn auch lediglich die Übertreibung des insgesamt positiven Strebens nach eigenem Nutzen dar.⁷⁰ Das kapitalistische System war somit natürlich nicht mehr das Böse an sich. Es seien dessen Auswüchse, denen der Kampf angesagt werden müsse. Gefährlich sei Erfolg zulasten der Arbeiterschaft, verleite dieser doch zu immer rigoroserem Handeln.

Aber auch die Autoren der „Monatshefte“ lösten sich nicht von der traditionellen Theorieorientierung der Sozialdemokratie jener Zeit. Ed-

alistische Monatshefte, 1912, H. 4, S.234-239, hier S.235.

66 Siehe Quessel, Sozialdemokratie, S.149.

67 Siehe Emil Döblin: Lehren der Tarifvertragsverhandlungen, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 2, S.97-102, hier S.99f.

68 Siehe Robert Schmidt: Der deutsche Bergarbeiterstreik 1912, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 6, S.356-359, hier S.357.

69 Siehe Ders.: Aus dem Abgrund der sozialen Gegensätze, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 12, S.739-746, hier S.743.

70 Siehe Paul Kampffmeyer: Mensch und Milieu: zum sozialen Umwälzungsproblem, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 7, S.414-417, hier S.416.

mund Fischer, 1912 wieder für den sächsischen Wahlkreis Zittau in den Reichstag gewählt, hob die Notwendigkeit der Bildung gerade der jungen Menschen hervor.⁷¹ Belehrung zu Freiheit, Toleranz und Gerechtigkeit sollte einen neuen Menschen erzeugen, Ideale des Sozialismus in den Menschen verwurzeln. Die immer wieder durchscheinenden Berufungen auf die Schriften von Karl Marx offenbarten, wie tief dessen Gedanken gut selbst in den Autoren der „Monatshefte“ verankert war. Auch wenn sie bereit waren, mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien weitgehende Kompromisse einzugehen – vergessen hatten sie ihr auf die Theorien der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts aufgebautes Fundament keinesfalls.

Fazit

Parlamentarismus besaß nach der Vorstellungswelt der Autoren der „Monatshefte“ einen Wert für sich. Hier konnten für sie tief greifende Veränderungen angestoßen und begleitet werden. Um diese zu erreichen, sei es nötig, die Mehrheit der Gesellschaft mitzunehmen. Anstelle des revolutionären Avantgardismus sollte Tagespolitik den Weg in den Sozialismus ebnen. Doch fehlten der SPD einerseits die dafür zwingend geforderten Partner. Freiheitliche Fortschrittspartei, aber vor allem die Nationalliberalen waren schon in vielen Fragen gesellschaftlichen und sozialen Fortschritts unsichere Kantonisten, bei den geforderten Sozialisierungen jedoch geradezu Gegner der Sozialdemokratie. Dies zu konstatieren, darum kamen auch die Autoren der „Monatshefte“ nicht umhin. Andererseits bedeutete eine weitgehende Fokussierung sozialdemokratischer Politik auf die Parlamente, selbst jene Richtung einzuschlagen, die sie ihren innerparteilichen Gegnern immer wieder vorwarfen, – auf dem Weg hin zu einer von der breiten Bevölkerung abgekapselten Avantgarde zu sein. Das galt zumindest dann, wenn die angestrebten Verbesserungen ausblieben, insbesondere in den Bereichen, die die alltägliche Lebenswelt der Arbeiterschaft darstellten. Sozialpolitik war aber der Bereich mit den geringsten Erfolgsaussichten, wie den Autoren der „Sozialistischen Monatshefte“ auch bewusst war. Beschränkung auf und Vertrauen in die Arbeit der Abgeordneten, verbunden mit der selbst eingestandenen sehr fernen Perspektive für den angestrebten fundamentalen Wandel hin zur sozialisti-

71 Siehe Edmund Fischer: Parteijustiz, in: Sozialistische Monatshefte, 1912, H. 11, S.656-661, hier S.657.

schen Gesellschaft, ließen die sozialistische Utopie neben der Alltagspolitik verkümmern.

Hinsichtlich der außenpolitischen Linie ist zu spüren, dass die Autoren der „Sozialistischen Monatshefte“ versuchten, jeden Anschein eines Handelns als „Reichsfeinde“ zu vermeiden, sondern sie wollten als deutsche Patrioten wahrgenommen werden. Und genau das waren sie auch. Diese Position charakterisiert die feste Verankerung der Autoren in ihrer Heimat. Mochte das Reich noch bei Weitem nicht ihren noch immer sozialistischen Idealen entsprechen, so war es doch für sie das Land, in dessen Rahmen sie arbeiteten und sozialen sowie gesellschaftlichen Fortschritt durchzusetzen trachteten.

Im Disput um die wirtschaftspolitischen Thesen Gerhard Hildebrands fällt auf, dass beinahe durchgängig eine inhaltliche Positionierung ausblieb. Der Hinweis, das betreffende Buch sei nicht einmal richtig gelesen worden, erscheint da als vorsichtige Distanzierung. Ein Ende hatte es mit dieser Vorsicht aber in dem Moment, als die „Monatshefte“ den innerparteilichen Freiraum bedroht sahen. Hier kannten sie keine Kompromisse – sprachen dabei aber indirekt einem über bisherige Grenzen hinausreichenden Pluralismus das Wort. Folgen sollten daraus eine Öffnung der Partei, eine größere Meinungsvielfalt und der Gewinn neuer Mitglieder und Unterstützer jenseits der klassischen Klientel.

Verkürzt man die Politik und Strategie der Revisionisten in den Reihen der SPD auf die Vorgabe, für sie sei quasi der Weg zum Ziel geworden, die sozialistische Utopie im Kampf um die praktischen Fortschritte zurückgetreten, so verkennt man mit Sicherheit die Position der Autoren der „Sozialistischen Monatshefte“, also die Generallinie des Blattes auch jenseits der Beiträge von Eduard Bernstein. Für sie war das Ziel weiterhin unumstritten. Mochten die Ausgangsbedingungen auch nicht ideal, im kaiserlichen Obrigkeitsstaat vielleicht sogar so schlecht sein, dass ein Erfolg praktisch auszuschließen war, mochten die Autoren der „Monatshefte“ auch bereit sein, die (links-)bürgerlichen Liberalen als verlässliche Bündnispartner zu gewinnen und gegebenenfalls Kompromisse mit dem Staat einzugehen, das Ziel des sozialistischen Gemeinwesens blieb ihnen allen ganz selbstverständlich. Aber was den Weg betraf, den sie zum Ziel einschlagen wollten, wandelten sie eindeutig auf den Pfaden des Revisionismus.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ waren ein Theorieorgan. Natürlich boten sie auch Raum zur Reflexion des tagtäglichen Handelns, gerade für die zahlreichen Funktionäre und Mandatsträger der Partei. Was an politisch-gesellschaftlichen Fortschritten potenziell in den Parlamenten zu erreichen war, das war das aktuelle Ziel der Autoren. Dieses Ziel blieb aber

eine Zwischenetappe. In dieser Frage unterschieden sich die untersuchten Aufsätze in keiner Weise von den Aussagen Eduard Bernsteins. Ohne Zweifel kann so von den „Sozialistischen Monatsheften“ als einem Organ der Revisionisten gesprochen werden. Die in zahlreichen Aufsätzen zu ganz unterschiedlichen Themenfeldern erkennbare Generallinie des Blattes zeigt eine nüchterne, an den gegenwärtigen Machtkonstellationen und daher an mancher Stelle vielleicht auch sehr zaghafte Orientierung an den kleinen Wegmarken des Fortschritts. Das große Ziel der sozialistischen Utopie verschwand dabei aber keineswegs.